

Es sollte kein Armer unter Euch sein

(5. Moses 15, 4)

oder:

**technischen Fortschritt
in sozialen Fortschritt übersetzen**



Anfragen an die Agenda 2010 der Bundesregierung



*Im Auftrag der Synode des Kirchenkreises Herne
beschlossen und herausgegeben vom
Sozialausschuss des Kirchenkreises Herne
Juli 2003*

Wir sind Teil der evangelischen Kirche im Herzen des Ruhrgebiets. Also in einer Region, in der die Menschen und die unterschiedlichen Institutionen und Organisationen seit mehreren Jahrzehnten daran arbeiten, den Umbruch von der alten Schwerindustrie zur Dienstleistungsgesellschaft zu bewältigen. Die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt in Herne zur Zeit 15,2 % und in Castrop-Rauxel 11,6 % (Stand: Mai 2003). Rund 40 % der arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind so genannte Langzeitarbeitslose: also länger als 1 Jahr, nicht selten seit vielen Jahren arbeitslos. Seit Jahren leisten die hier lebenden Menschen Verzicht in Form von Arbeitsplatzverlusten und Leistungskürzungen, um den Strukturwandel zu bewältigen. Gezeigt hat sich, dass Leistungskürzungen für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen in unserer Region zu spürbaren Kaufkraftverlusten führen. Statt das es zu einer Verbesserung der allgemeinen Lage in Form neuer auskömmlicher Arbeitsplätze kommt, verschärft sich die öffentliche Armut, die dann zu neuen Leistungskürzungen treibt - mit der Folge einer weiteren Zunahme privater Armut.

Vor diesem sozialen Hintergrund bestreitet wohl kaum jemand, dass Reformen nötig bzw. überfällig sind. Doch gerade vor diesem Hintergrund sind die Reformen, die gegenwärtig auf den Weg gebracht werden, nur schwer nachvollziehbar.

Die Reformen sprechen von Fördern und Fordern. Unterstellt wird damit vor allem, dass Arbeitslose in der Vergangenheit zu wenig gefordert worden seien. Wer die Realität im Ruhrgebiet kennt, weiß aber, dass allein in den 90 Jahren hunderttausende von Industriearbeitsplätzen und Arbeitsplätzen in den klassischen Dienstleistungsbereichen abgebaut worden sind (vergleichbares gilt für weite Teile Ostdeutschlands). Im Ergebnis fehlen heute rund 6 bis 7 Millionen Arbeitsplätze in der gesamten Republik. Daraus resultiert eine erste Frage:

◆ *Was bewegt Politiker angesichts dieser Realität zu der Annahme, Arbeitslosigkeit könne dadurch abgebaut werden, das Arbeitslose mehr gefordert, stärker unter Druck gesetzt werden? Der größte Teil von ihnen leidet doch schon jetzt unter der Situation der Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit.* ◆

Eine weitere Frage schließt sich direkt an. Die gegenwärtigen Reformvorschläge unterstellen als eine zweite wesentliche Ursache von Arbeitslosigkeit Organisationsprobleme der Arbeitsverwaltung. Auch wir sehen, dass es Reformbedarfe in der Arbeitsverwaltung gibt.

◆ *Dennoch stellt sich die Frage, wie durch eine Reorganisation der Arbeitsverwaltung das strukturelle Arbeitsplatzdefizit in unserer Gesellschaft überwunden werden soll.* ◆

Zum Beginn des Jahres 2003 ist das Gesetzespaket „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ in Kraft getreten. Die bisherigen Erfahrungen damit stimmen die Betroffenen wenig optimistisch. Die Beraterinnen und Berater aus Arbeitslosenzentren berichten von großer Verunsicherung unter den Arbeitslosen aber auch unter den Beschäftigten der Arbeitsämter. Die Rede ist von Informationsdefiziten, gelegentlich auch von Informationschaos in den Arbeitsämtern. Mitarbeiter aus den Arbeitsämtern beklagen, dass der Umbau „Arbeitsamt 2000“ durch die neuen Gesetze abrupt abgebrochen wurde. Die meisten Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen, die seit vielen Jahren eine wichtige und gute Arbeit leisten, werden in unserer Region nur noch bis Ende 2003 gefördert. Dann müssen sie geschlossen werden, weil die Förderprogramme eingestellt werden.

Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen und -gesellschaften, die in vielen Jahren ein großes „know-how“ aufgebaut haben, die überprüfbar erfolgreich arbeiten, die bei der Bewältigung des Strukturwandels eine wichtige soziale Rolle spielen und wichtige psychologische Funktionen wahrnehmen, sind durch die genannten Gesetze ebenso in ihrer Existenz bedroht, wie die Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen. Für alle Betroffenen sind diese Entwicklungen nicht mehr nachvollziehbar. Was hat die skizzierte Zerschlagung sozialer Infrastrukturen mit Reformen zu tun, fragen viele Betroffene, wie sollen so Arbeitsplätze geschaffen werden - werden doch hier erst einmal vorhandene Arbeitsplätze im Rahmen dieser sozialen Infrastruktur abgeschafft.

Gerade in dieser skizzierten sozialen Infrastruktur liegen Entwicklungspotentiale für ein so genanntes Drittes System (Dritter Sektors), das gesellschaftlich nötige Arbeit - wie z.B. personale Dienstleistungen, die eben nicht immer marktgängig sind - organisieren kann. Nicht die Abschaffung, sondern die sinnvolle

Weiterentwicklung von Förderinstrumenten hin zu einer Grundstruktur eines Dritten Systems wäre politisch angesagt.

- ◆ *Was hindert Politiker, was hindert unsere Gesellschaft daran, diesen Impuls aufzunehmen, der ja doch mittlerweile von gar nicht so wenigen Fachleuten immer wieder in die Diskussion eingebracht wird. Es gibt genügend Beispiele, die hoffnungsvoll sind, die nun aber in ihrer Existenz bedroht sind.* ◆

Abschließend wollen wir noch ein paar grundsätzlichere Fragen stellen. Im fünften Buch Moses im 15. Kapitel in Vers 4 heißt es: „Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein; denn Gott wird dich segnen in dem Lande, das er dir zum Erbe geben wird.“ Dies ist einer der elementarsten sozialetischen Maßstäbe, an denen eine Gesellschaft sich messen lassen muss - nicht nur aus christlicher Sicht. Von dieser Ausgangsposition herkommend können wir die Diskussion um Niedriglohn-Jobs, die vorwiegend für Arbeitslose vorgesehen sind, nicht nachvollziehen.

- ◆ *Wovon sollen Menschen im so genannten Niedriglohnsektor leben?* ◆
- ◆ *Mit welchem Recht soll wer in unserer Gesellschaft entscheiden, wer sein Dasein im Niedriglohnsektor fristen muss und wer nicht?* ◆
- ◆ *Auf welcher ethischen Grundlage beruht die Forderung nach einem Niedriglohnsektor für einen Teil der Männer und Frauen in unserer Gesellschaft?* ◆

Nach den USA und Japan stellt die BRD die stärkste und leistungsfähigste Volkswirtschaft weltweit dar.

- ◆ *Wieso soll es in **diesem Land** nicht möglich sein, jeder Bürgerin und jedem Bürger im arbeitsfähigen Alter eine sinnvolle und menschenwürdige Arbeit und ein auskömmliches Einkommen anzubieten und zur Verfügung zu stellen?* ◆

Die gegenwärtig am häufigsten diskutierte Frage heißt: Wie können die Kosten der Arbeit gesenkt werden?

Muss die Frage aber nicht heißen:

- ◆ *Wie können wir alle Männer und Frauen in unserer Gesellschaft so an Arbeit und Einkommen beteiligen, dass sie ein auskömmliches Einkommen bekommen und ein gutes und sinnerfülltes Leben leben können?* ◆

Oder etwas anders formuliert:

Wie lässt sich der enorme technische Fortschritt, der in den vergangenen Jahrzehnten zum Abbau hunderttausender Arbeitsplätze und zu einer immensen Steigerung der Produktivität geführt hat, endlich in sozialen Fortschritt übersetzen?

Und zwar derart,

- ◆ *dass junge Menschen eine gute und zukunftsfähige Ausbildung in Schule und Beruf erhalten,* ◆
- ◆ *dass die arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürger wieder in unsere Gesellschaft integriert werden,* ◆
- ◆ *dass kranken Menschen die nötige Hilfe zu teil wird - auch wenn sie alt sind,* ◆
- ◆ *und dass alten Menschen ein Lebensabend in Würde ermöglicht wird - auch wenn sie krank sind.* ◆





Herausgegeben von:

Herausgegeben vom Sozialausschuss des Kirchenkreises Herne im Auftrag der Synode des Kirchenkreises Herne, Juli 2003.



Bezug:

Sozialpfarramt Herne
Overwegstr. 31
D - 44 651 Herne

◆ Tel.: 0 23 23 / 147 83 82

◆ Fax: 0 23 23 / 147 83 85

◆ www.kda-ruhr.de

◆ eMail: info@kda-ruhr.de



Literaturhinweise:

Mehr soziale Gerechtigkeit wagen. Ein Wort der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen, 1994.

Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Bonn / Hannover 1997.

Ökumenisch-Sozialethischer Arbeitskreis NRW: Auf dem Weg zu einer Neubestimmung von Arbeit, Einkommen und Leben. Thesen zur Arbeit der Zukunft. Bochum 2000. In: Belitz, Klute, Schneider: Zukunft der Arbeit in einem neuen Gesellschaftsvertrag (s.u.).

Wolfgang Belitz, Jürgen Klute, Hans-Udo Schneider (Hg.): Zukunft der Arbeit in einem neuen Gesellschaftsvertrag. Lit Verlag, Münster, 2002 (2. Aufl.).

Axel Gerntke, Jürgen Klute, Axel Troost, Achim Trube (Hg.): Hart(z) am Rande der Seriosität? Die Hartz-Kommission als neues Modell der Politikberatung und -gestaltung? Kommentare und Kritiken. Lit Verlag, Münster 2002.

Joachim Sikora: Vision einer Tätigkeitsgesellschaft. Neue Tätigkeits- und Lebensmodelle im 3. Jahrtausend. Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln, Bad Honnef, 2002 (2. Aufl.)